



An den Grossen Rat

14.5200.02

PD/P145200

Basel, 9. Juli 2014

Regierungsratsbeschluss vom 8. Juli 2014

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „wie sieht die Regierung das Einwanderungsmärchen der Wirtschaftslobby?“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Basel brauche mehr „Fachkräfte“ und eine bessere „Willkommenskultur“, weil „gezielte Zuwanderung“ angeblich „mehr Wohlstand für alle“ schaffe – mit solchen Einwanderungsmärchen beteiligen sich Verbandsfunktionäre der Wirtschaftslobby an der üblichen politisch korrekten Propaganda, die einer undifferenzierten Einwanderung nach Basel das Wort redet.

Tatsächlich geht es um ganz egoistische Interessen. Einwanderung - auch die von Ungelernten - weitet das Arbeitskräfteangebot in Basel aus und drückt die Löhne und Gehälter. Die sozialen und gesellschaftlichen Folgelasten werden dagegen der Allgemeinheit aufgedrückt. Immer nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren.

Wozu der Basler Arbeitsmarkt ausgerechnet den massiven Zustrom von Roma-Einwanderern benötigen soll, kann allerdings auch die Wirtschaftslobby nicht erklären. Wenn sie bei ihren unsozialen, arbeitnehmer- und bürgerfeindlichen Forderungen nach unbeschränkter Einwanderung bleibt, ist die logische Konsequenz daraus die Erhebung einer Migrationsabgabe. Wer den Missbrauch des Ausländer- und Asylrechts anspricht, wird von den rot-grünen Multikulti-Aposteln und den kirchlichen Gutmenschen sofort mit der Nazi-Keule bearbeitet. Bereits die Nennung der Missstände wird als „rechts“ diffamiert. Die Sozial- und Integrationsindustrie, die kräftig an ihren insuffizienten Integrationsmassnahmen verdient, fürchtet um ihre Pfründe.

Sagen wir es laut und deutlich: Wir brauchen weder Sozialabzocker noch Roma. Wir brauchen auch keine „Willkommenskultur“ für Leute, die für uns keine Be-, sondern eher eine Entreichung bringen. Auch wenn das manche nicht hören wollen.

1. Kann sich die Regierung die neue Erhebung einer Migrationsabgabe vorstellen?
2. Warum werden Firmen wie Novartis oder Roche nicht dazu verpflichtet, etwas an die Integration von Ausländern in Basel zu bezahlen?
3. Wie viele Rumänen haben sich in Basel in den letzten beiden Jahren angemeldet?

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Kann sich die Regierung die neue Erhebung einer Migrationsabgabe vorstellen?

Nein


2. Warum werden Firmen wie Novartis oder Roche nicht dazu verpflichtet, etwas an die Integration von Ausländern in Basel zu bezahlen?

Die Firmen Novartis und Roche fördern bereits heute die Integration ihrer zuziehenden Mitarbeitenden. So werden monatlich an firmeneigenen Welcome-Days alle neuen Mitarbeitenden begrüsst und über das Leben in Basel und der Schweiz informiert. Des Weiteren bezahlen die beiden Firmen verschiedene Angebote, welche die Integration von ausländischen Mitarbeitenden unterstützen, wie beispielsweise Deutschkurse und diverse Angebote, welche die soziale Integration in unsere Stadt fördern. Teilweise werden sogenannte „Relocationfirmen“ beauftragt, einzelne Mitarbeitende und deren Familie über ca. 3 Monate hinweg bei der Integration zu unterstützen, beispielsweise bei der Wohnungs- und Schulsuche, mit Informationen über rechtliche Unterschiede zum Heimatland, Rechte und Pflichten in der Schweiz, Eigenheiten in Basel, das Freizeitangebot, Steuern und vieles mehr.

3. Wie viele Rumänen haben sich in Basel in den letzten beiden Jahren angemeldet?

Im Jahr 2012 haben sich 76 Rumänen in Basel angemeldet. Für das Jahr 2013 lautet die vorläufige Angabe des statistischen Amtes, dass sich 81 Rumänen angemeldet haben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin